

Rendsburg, 04.03.2021

SPD blockiert Tierwohl

Schwarz fordert Blockade-Ende beim Baulandmobilisierungsgesetz

Anlässlich der finalen Beratungen zum Baulandmobilisierungsgesetz im Deutschen Bundestag fordert der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, Werner Schwarz, dazu auf, das Bauen von Tierwohlställen endlich zu erleichtern.

Das derzeitige Baurecht erschwere und verhindere in vielen Fällen die notwendigen baulichen Erweiterungsmaßnahmen oder einen Ersatzbau für ein größeres Platzangebot und andere Tierwohlmaßnahmen. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD sei klar und unmissverständlich vereinbart, dass zur Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung Investitionen und Offenheit für die Modernisierung tierwohlorientierter Ställe der Zukunft notwendig seien.

Wörtlich heißt es, dass es einen „Bestandsschutz genehmigter Tierhaltungsanlagen bei Modernisierungsmaßnahmen zu Tierwohlzwecken“ geben müsse. Gleichwohl blockiere die SPD im Bundestag die notwendigen gesetzlichen Änderungen.

Schwarz hat sich deshalb mit einem Schreiben an die Landesvorsitzende der SPD Serpil Midyatli und die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten gewandt und appelliert, die Blockade im Bundestag zu überwinden. Zudem sollte dem Vorschlag des Bundesrates für eine Tierwohlverbesserungsgenehmigung gefolgt werden.

Schwarz betont im Hinblick auf seine Initiative: „Es kann nicht sein, dass sowohl von den Koalitionsfraktionen als auch gesamtgesellschaftlich mehr Tierwohl gefordert wird, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen dafür aber nicht geschaffen werden.“

Der Bundesrat schlägt vor, über eine neue Regelung im Baugesetzbuch (§ 35 Abs. 1 Nr. 1a) eine Baugenehmigung zu erteilen, wenn Ställe zur Verbesserung des Tierwohls umgebaut oder durch einen Neubau ersetzt werden sollen, ohne dass dabei die Zahl der Tierplätze erhöht wird. Einen ähnlichen Vorschlag gibt es bereits im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Tierwohls in Tierhaltungsanlagen. Auch dieses Gesetz wird durch die Blockadehaltung der SPD derzeit verhindert.

„Wer etwas für das Tierwohl tun will, sollte dem Gesetzesvorschlag zustimmen. Das Verhalten der SPD im Bundestag ist völlig unverständlich und entzieht sozialdemokratischer Kritik an der Tierhaltung die Grundlage.“ so Schwarz abschließend.

Seit seiner Gründung am 12. Februar 1947 ist der Bauernverband die Interessenvertretung von Landwirtschaft und ländlichem Raum in Schleswig-Holstein. Aufgabe des Verbandes ist es, landwirtschaftliche Anliegen auf allen Ebenen einzubringen und durchzusetzen. Nicht nur in der Agrarpolitik, sondern auch in der Wirtschafts-, Rechts-, Sozial- und Umweltpolitik vertritt der Verband die Interessen seiner Mitglieder.

Weitere Informationen: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Dr. Kirsten Hess 0 151 20538459